Vereinsatzung

Förderkreis der Pfadfinder Rottweil

Beschlossen durch die Mitgliederversammlung am 01.01.2999

Eintrag im Vereinsregister Nr. 9999 beim Amtsgericht Rottweil am 01.01.2999

§ 1 Name, Sitz, Geschäftsjahr

1. Der Verein führt den Namen „Förderkreis der Pfadfinder Rottweil“.
2. Der Verein hat seinen Sitz in Rottweil und soll in das Vereinsregister des Amtsgerichts eingetragen werden.
3. Er führt nach Eintragung in das Vereinsregister den Namenszusatz „eingetragener Verein“ in der abgekürzten Form „e.V.“.
4. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.
5. Wird im weiteren Verlauf dieser Satzung auf den „Stamm“ verwiesen, ist damit der Stamm J. F. Kennedy Rottweil der Deutschen Pfadfinderschaft Sankt Georg gemeint.
6. Wird im weiteren Verlauf dieser Satzung auf den „Verband“ verwiesen, ist damit der Bundesverband der Deutschen Pfadfinderschaft Sankt Georg (DPSG) im Ring deutscher Pfadfinderverbände (RdP) gemeint. Der Ring deutscher Pfadfinderverbände (RdP) ist von der World Organization of the Scout Movement (WOSM) als deren Mitglied in Deutschland anerkannt. Die Deutsche Pfadfinderschaft Sankt Georg ist damit teil der Weltpfadfinderbewegung.

§ 2 Wesen, Zweck und Arbeitsweise

1. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.
2. Die Erziehungs- und Bildungsaufgaben der Deutschen Pfadfinderschaft St. Georg in Rottweil sind zu unterstützen, indem die hierzu erforderlichen Geldmittel und Sachwerte beschafft, verwaltet und zur Verfügung gestellt werden.
3. Der Verein ist Rechtsträger aller Einrichtungen des Stammes.
4. Der Verein ist nicht Rechtsträger des Bundesverbandes, der Diözesanverbände oder der Bezirke der DPSG und deren Einrichtungen. Rechtsträger aller für den Gesamtverband tätigen Stellen, Einrichtungen und Unternehmungen ist der „Bundesamt Sankt Georg e.V.“ mit Sitz in Neuss-Holzheim.
5. Der Verein beschafft seine finanziellen und materiellen Mittel hauptsächlich durch Aktivitäten in Zusammenarbeit mit dem Stamm und durch Spenden.
6. Der Stamm hat die zur Verfügung gestellten Mittel den oben genannten Zwecken zuzuführen.
7. Der Verein ist selbstlos tätig, er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
8. Alle Mittel des Vereins dürfen grundsätzlich nur unmittelbar für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden.
9. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus den Mitteln des Vereins.
10. Es dürfen keine Personen oder Einrichtungen durch Ausgaben, die nicht dem Zweck des Vereins entsprechen oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.
11. Der Verein erkennt die Ordnung und Satzung des Verbandes der Deutschen Pfadfinderschaft Sankt Georg an, soweit diese auf die Vereinsarbeit übertragen werden kann.
12. Die erwachsenen Mitglieder des Vereins unterstützen Kinder und Jugendliche dabei, die Ziele des Verbandes zu erreichen. Als Anwältin oder Anwalt von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen setzen sie sich partnerschaftlich für deren Anliegen und Interessen ein. Die Idee der Pfadfinderschaft ermöglicht jungen Menschen, das eigene Leben zu entdecken und bewusst in die Hand zu nehmen. Menschen mit und ohne Behinderung erfahren sich in ihrer Selbstständigkeit und als wechselseitige Bereicherung. Durch praktisches Tun und reflektierte Erlebnisse werden die Fähigkeiten jeder und jedes Einzelnen angesprochen und entwickelt.
13. Die Vereinsarbeit soll Umweltgerecht erfolgen. Es soll vorwiegend mit papierlosen Mitteln kommuniziert und dokumentiert werden.

§ 3 Mitgliedschaft

1. Mitglied im Verein kann jede natürliche Person werden.
2. Für die Mitgliedschaft eines Kindes oder eines Jugendlichen unter 18 Jahren bedarf es der Zustimmung eines Erziehungsberechtigten.
3. Die Mitgliedschaft bedarf einer formlosen Anmeldung beim Vorstand.
4. Die Mitglieder arbeiten grundsätzlich ehrenamtlich.
5. Es besteht ein Anspruch auf Ersatz der im Interesse des Vereins gemachten Aufwendungen, sofern diese von der Mitgliederversammlung oder durch den Vorstand beschlossen wurden.
6. Die Mitgliedschaft erlischt durch Tod, durch Austritt aus dem Verein oder durch förmlichen Ausschluss durch die Mitgliederversammlung.
7. Ein förmlicher Ausschluss ist zulässig, wenn festgestellt wird, dass ein Mitglied seinen Verpflichtungen gegenüber dem Verein beharrlich und schuldhaft nicht nachkommt. Dem betroffenen Mitglied ist Gelegenheit zu geben, sich vor der Beschlussfassung durch die Mitgliederversammlung zu äußern. Wird ein Vorstandsmitglied ausgeschlossen, muss in der selben Mitgliedsversammlung ein neues Vorstandsmitglied bestellt werden.
8. Die Mitgliedschaft und die Ausübung der damit verbundenen Rechte sind nicht übertragbar.
9. Alle Vereinsmitglieder sind jederzeit zum Austritt aus dem Verein berechtigt.
10. Der Austritt erfolgt durch Erklärung in Schriftform gegenüber dem Vorstand. Andernfalls kann er auch durch schlüssiges Verhalten begründet werden.
11. Es werden keine Beiträge für die Mitgliedschaft im Verein erhoben. Statt dessen werden die Mitglieder ein Mal pro Jahr zur Unterstützung aufgerufen.
12. Der Zeitpunkt und Umfang einer finanziellen Förderung ist jedem Mitglied selbst überlassen.

§ 4 Organe des Vereins

1. Die Organe des Vereins sind der Vorstand und die Mitgliederversammlung.

§ 5 Der Vorstand

1. Die Bestellung der Vorstandsmitglieder erfolgt durch Beschluss der Mitgliederversammlung für eine Dauer von 2 Jahren.
2. Der Vorstand setzt sich zusammen aus dem 1. Vorsitzenden, dem 2. Vorsitzenden und dem geschäftsführenden Vorsitzenden.
3. Der Verein wird gerichtlich und außergerichtlich nach § 26 BGB durch einen oder mehrere Vorstandsmitglieder vertreten.
4. Jedes Vorstandsmitglied hat die Alleinvertretungsberechtigung.
5. Der Vorstand leitet den Verein und führt die Geschäfte, so weit die Satzung nichts anderes bestimmt.
6. Der Vorstand ist an die Beschlüsse der Mitgliederversammlung gebunden.
7. Dem Vorstand obliegt die wirtschaftliche Verwaltung des Stammes und des ihm gehörenden Vereinsvermögens, insbesondere die Erstellung und die Ausführung des Haushaltsplans, die Erstellung und Führung der Buchhaltung und die Erstellung und Übergabe des Jahresberichtes an die Stammesversammlung.
8. Die Vorstandssitzungen werden nach Bedarf von einem der Vorstandsmitglieder einberufen.
9. Der Vorstand fasst seine Beschlüsse mit mindestens zwei Dritteln Mehrheit der bei der Abstimmung anwesenden Vorstandsmitglieder, so weit in dieser Satzung nichts anderes bestimmt ist.
10. Der Vorstand ist nur dann beschlussfähig, wenn zur Sitzung mindestens zwei der drei Vorstandsmitglieder anwesend sind. Wenn ein Vorstandsmitglied abwesend ist, muss dieses Kenntnis von der Sitzung erhalten haben und seine Abwesenheit begründen.
11. Die Beschlüsse des Vorstandes sind aufzuzeichnen und vom leitenden Vorstandsmitglied zu unterzeichnen.
12. Die Leitung einer Vorstandssitzung wird von dem Vorstandsmitglied geführt, welches die Sitzung einberufen hat. Der Termin ist nach Möglichkeit so zu wählen, dass alle Vorstandsmitglieder anwesend sein können.
13. Die Buchführung ist nach Ablauf eines Geschäftsjahres von den Kassenprüfern zu prüfen. Das Ergebnis ist schriftlich niederzulegen und der nächsten Mitgliederversammlung vorzulegen.
14. Ist der Vorstand nicht in der Lage oder nicht berechtigt, einen Beschluss über eine Angelegenheit zu fassen, ist diese Angelegenheit der Mitgliederversammlung vorzulegen.

§ 6 Die Mitgliederversammlung

1. Die ordentliche Mitgliederversammlung hat einmal im Jahr, spätestens sechs Monate nach Ablauf eines Geschäftsjahres stattzufinden.
2. Außerordentliche Mitgliederversammlungen sind einzuberufen, wenn der Vorstand oder ein Drittel der stimmberechtigten Vereinsmitglieder es unter Angabe von Gründen verlangen.
3. Die Liste der stimmberechtigten Mitglieder wird von der Stammesversammlung beschlossen und kann bei jeder ordentlichen oder außerordentlichen Stammesversammlung widerrufen und anschließend neu beschlossen werden.
4. Wird die Stimmberechtigung eines Vorstandsmitgliedes oder eines Kassenprüfers von der Stammesversammlung widerrufen, muss zur nächsten Mitgliederversammlung das Amt neu gewählt werden.
5. Es können mindestens sieben und höchstens 15 Vereinsmitglieder stimmberechtigt sein.
6. Die Vorstandsmitglieder des Stammes und die Vorstandsmitglieder des übergeordneten Bezirks sind für die Dauer ihrer Vorstandschaft stimmberechtigte Mitglieder im Verein.
7. Mindestens die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder des Vereins müssen aktive Stammesmitglieder sein.
8. Die Mitgliederversammlung fasst ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der bei der Abstimmung anwesenden Stimmberechtigten, so weit in dieser Satzung nichts anderes bestimmt ist.
9. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Versammlungsleiters.
10. Die Mitgliederversammlung kann einzelne Beschlüsse auch ohne Einberufung im schriftlichen Verfahren mit einfacher Mehrheit aller Stimmberechtigten fassen, so weit in dieser Satzung nichts anderes bestimmt ist.
11. Der ordentlichen Mitgliederversammlung obliegen folgende Aufgaben:
 - die Entgegennahme des Berichts des Vorstandes,
 - die Entgegennahme des Kassenprüfberichts,
 - der Beschluss über die Entlastung des Vorstandes,
 - der Beschluss des Haushaltsplanes,
 - der Beschluss über Erwerb, Nutzung, Belastung oder Veräußerung von Immobilien,
 - der Beschluss über Miet- und Pachtverträge auf die Dauer von mehr als 3 Monaten,
 - die Wahl der Kassenprüfer und des Vorstandes,
 - die Behandlung der vom Vorstand vorgelegten Angelegenheiten.

§ 6 Die Mitgliederversammlung

12. Der außerordentlichen Mitgliederversammlung obliegt im Rahmen ihrer satzungsgemäßen Zuständigkeit die Behandlung der Angelegenheiten, mit welchen die Einberufung begründet wurde.

13. Die Mitgliederversammlungen werden immer durch ein Vorstandsmitglied einberufen und von einem Vorstandsmitglied geleitet.

14. Die Mitgliederversammlung ist beschlussfähig, wenn ordnungsgemäß eingeladen wurde, mindestens zwei Vorstandsmitglieder und mindestens die Hälfte der stimmberechtigten Vereinsmitglieder anwesend sind.

15. Die Einladung zu einer Mitgliederversammlung erfolgt auf elektronischem Weg unter Wahrung einer Frist von zwei Wochen. Es werden alle Mitglieder eingeladen, sofern die Kontaktdaten vorliegen.

16. Der Einladung sind die Tagesordnung und die erforderlichen Arbeitsunterlagen beizufügen.

17. Die Anträge der Vereinsmitglieder sind in der Mitgliederversammlung zu behandeln, wenn sie spätestens eine Woche vor Beginn der Versammlung bei einem Vorstandsmitglied schriftlich eingereicht worden sind.

18. Im Falle der Beschlussunfähigkeit ist der Vorstand verpflichtet, innerhalb von 6 Wochen eine zweite Mitgliederversammlung mit der gleichen Tagesordnung einzuberufen. Diese ist ohne Rücksicht auf die Anzahl der erscheinenden Mitglieder beschlussfähig. Auf diesen Umstand ist in der Einladung hinzuweisen.

19. Über jede Mitgliederversammlung ist ein einfaches Beschlussprotokoll anzufertigen, welches vom Versammlungsleiter zu unterzeichnen ist.

20. Ein Mitglied ist nicht stimmberechtigt, wenn die Beschlussfassung die Vornahme eines Rechtsgeschäfts mit ihm oder die Einleitung oder Erledigung eines Rechtsstreits zwischen ihm und dem Verein betrifft.

§ 7 Arbeit im Verein

1. Bei Bedarf können Personen und Unternehmen auf Grundlage eines Dienstvertrages mit Tätigkeiten für den Verein beauftragt werden.
2. Die Vertragsinhalte und Bedingungen, die Ausschreibung und die Personalauswahl beschließt der Vorstand.
3. Den Beschluss über eine entgeltliche Tätigkeit für den Verein trifft die Mitgliederversammlung.
4. Dienstverträge dürfen nur befristet mit einer Laufzeit von bis zu 12 Monaten abgeschlossen werden.
5. Auf Grundlage eines Dienstvertrages angestellte Mitarbeiter und Mitarbeiter eines entgeltlich für den Stamm tätigen Unternehmens sind vom Stimmrecht in der Mitgliederversammlung ausgeschlossen und dürfen nicht zum Vorstand bestellt werden.

§ 8 Satzungsänderung, Auflösung des Vereins

1. Die Beschlussfassung über eine Satzungsänderung oder die Auflösung des Vereins obliegt der Mitgliederversammlung.
2. Den Antrag zu einer Satzungsänderung oder zur Auflösung des Vereins können der Vorstand oder mindestens fünf stimmberechtigte Mitglieder des Vereins stellen.
3. Der Antrag ist schriftlich beim Vorstand einzubringen. Dieser hat den beantragten Vorgang in die Tagesordnung der nächsten Mitgliederversammlung aufzunehmen.
4. Der Beschluss über eine Satzungsänderung bedarf der Mehrheit von zwei Dritteln aller stimmberechtigten Mitglieder des Vereins und der Zustimmung aller Vorstandsmitglieder.
5. Bei Auflösung des Vereins geht das Eigentum des Vereins mit allen Rechten und Pflichten an eine der nachfolgend aufgelisteten Einrichtungen über.
6. Wenn die bevorzugte Einrichtung nicht mehr existiert oder das Eigentum nicht annehmen darf, kann oder will, geht das Eigentum an die jeweils nächste Einrichtung in der Liste.

Die dafür in Frage kommenden Einrichtungen, nach Priorität sortiert:

DPSG Stamm J. F. Kennedy Rottweil
DPSG Bezirk Schwarzwald Donau
DPSG Diözesanverband Rottenburg-Stuttgart
DPSG Bundesverband
Ring deutscher Pfadfinderverbände Baden-Württemberg
BDKJ Dekanat Rottweil
Stadt Rottweil